

# dbb Hessen Nachrichten

NUMMER 12 2025

DEZEMBER 2025

Wer erinnert sich noch an den letzten Jahreswechsel mit fast schon kriegsähnlichen Zuständen und Verletzten? Danach war das Geschrei nach Böllerverbot groß – bis Ende Januar. Dann verschwand das Thema wieder von der Agenda. Der dbb Hessen hatte den verbalen Schall und Rauch ohne tatsächliche Handlungen angeprangert. Nun ist ein weiteres Jahr vergangen. Die Chance wurde leider wieder vertan. Ein erneuter Jahreswechsel verstreckt, bei dem es Verletzte, Sachschaden, verstörte Tiere, Lärm und Schmutz gibt. Schade.

Heini Schmitt neuer Fachvorstand Beamtenpolitik



**Mit der Wahl von Heini Schmitt ist die dbb Bundesleitung wieder komplett und gut aufgestellt, um die Probleme des öffentlichen Dienstes anzupacken. Für den dbb Hessen bedeutet die Wahl die Wertschätzung langjähriger überragender Arbeit aus dem Landesverband heraus, aber zugleich einen fachlich wie menschlich großen Verlust.**

„Ich freue mich auf die neuen Aufgaben und bedanke mich für das entgegengebrachte Vertrauen der Delegierten“, sagte **Heini Schmitt** nach seiner Wahl zum dbb Fachvorstand Beamtenpolitik am 1. Dezember 2025 in Berlin. „Aktuell gilt es stärker denn je, den Wert des Berufsbeamten um in den gesellschaftlichen Fokus zu rücken. Es ist Stabilitätsanker in Krisenzeiten und fungiert als Bollwerk gegen Extremismus. Schließlich schwören die Kolleginnen und Kollegen einen Eid auf die Verfassung. Ganz entscheidend ist, dass wir den Markenkern des Berufsbeamten um bewahren und weiter für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes arbeiten. Nur so können wir die dringend benötigten Fachkräfte für die Zukunft des öffentlichen Dienstes gewinnen.“

Heini Schmitt hatte seit November 2015 das Amt des Landesvorsitzenden des dbb hessen inne. Er ist Mitglied der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG). Seine Wahl zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Fachvorstand Beamtenpolitik erfolgte durch den dbb Bundeshauptvorstand, dem höchsten bundesweiten Gremium des dbb, das außerhalb der

# Inhaltsverzeichnis

<b>Heini Schmitt Fachvorstand</b>	
<b>Beamtenpolitik</b>	Seite 1
<b>Auswirkung der Wahl Schmitts auf den dbb hessen</b>	Seite 2
<b>Verbände unterzeichnen Frankfurter Erklärung</b>	Seite 3
<b>Dbb Hessen mit Audio- und Videoformaten</b>	Seite 5
<b>Mitglied in dbb Fachgewerkschaft werden</b>	Seite 7
<b>Verbraucher: Beratung weiter kostenfrei</b>	Seite 8

Gewerkschaftstage Entscheidungen trifft. Schmitt folgt auf **Waldemar Dombrowski**, der im Mai 2025 nach schwerer Erkrankung verstorben war.

„Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit Heini Schmitt“, sagte **Volker Geyer**, Bundesvorsitzender des dbb am Wahltag. „Mit Heini Schmitt gewinnt die Bundesleitung eine kompetente Persönlichkeit, die sich mit den Kernthemen des Beamtenrechts auskennt, über viel gewerkschaftliche Erfahrung verfügt und voller Tatendrang steckt. Wir stehen in den nächsten Monaten bei der Verteidigung der Grundsätze des Berufsbeamtentums vor entscheidenden Herausforderungen, denen wir gemeinsam mit Kompetenz und Solidarität begegnen werden.“

## Auswirkungen der Wahl Schmitts auf den dbb hessen

Der dbb Hessen ist hoch erfreut über die Wahl von Heini Schmitt zum Fachvorstand Beamtenpolitik – trotz des zeitgleichen fachlichen und menschlichen Verlusts im Landesverband. Heini Schmitt hatte federführend über viele Jahre die Besoldungs-klagen gegen das Land Herren ausgearbeitet und begleitet. Seinen über lange Jahre erworbenen beamtenrechtlichen Sachverstand wird er nun zum Wohle der Bundesorganisation einbringen.



Dass der Übergang etwas abrupt verläuft, ist der Satzung der Bundesorganisation geschuldet. Diese schreibt vor, dass Heini Schmitt mit seiner Annahme der Wahl sein Amt als Landesvorsitzender nicht mehr ausüben darf. Dies bedeutet, dass die fünf stellvertretenden Vorsitzenden – **Julika Lückel, Christian Poplutz, Anke Schneider, Richard Thonius und Volker Weigand** – zunächst die Geschäfte übernehmen und die Aufgaben des Landesvorsitzenden zunächst unter sich aufteilen. Für die großen gewerkschaftlichen Themengebiete wie

*Gewalt gegen Beschäftigte* wird künftig Volker Weigand erster Ansprechpartner sein. Alle Themen rund um das Thema *Tarif und Tarifverhandlungen* laufen bei der Vorsitzenden des Tarifausschusses, Katja Geweniger, zusammen. Sie wird dabei von Anke Schneider und Richard Thonius tatkräftig unterstützt. *Dienstrecht und Alimentation* wird der inhaltliche Schwerpunkt von Julika Lückel und Christian Poplutz sein. Sie kümmern sich auch federführend um *Stellungnahmen zu Gesetzesänderungen*. In der nächsten Sitzung des Landeshauptvorstands im April 2026 besteht dann die Möglichkeit die Weichen für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin zu stellen.

Anbei noch einige Reaktionen und Glückwünsche aus der Landesleitung des dbb hessen, stellvertretend für das gesamte Leitungsgremium:

***Katja Geweniger, Vorsitzende des hessischen Tarifausschusses:***

„Mit Heini Schmitt gewinnt Berlin einen Menschen, welcher fachlich das erforderliche Knowhow mitbringt und sich uneingeschränkt für die Kolleginnen und Kollegen einsetzt. Dies tat er in Hessen nicht nur herausragend in Angelegenheiten der Beamten, sondern auch der Tarifbeschäftigte. Darüber hinaus ist und war er für viele eine Konstante, auf die man sich bedingungslos verlassen kann/konnte. Sowohl im Namen des Tarifausschusses, als auch ganz persönlich wünsche ich ihm alles erdenkliche Gute für seinen weiteren Weg und das er die Ziele, die er in Hessen stets verfolgt hat, in Berlin weiter voranbringen kann.“

***Christian Poplutz, stellvertretender Landesvorsitzender:***

“Die Wahl von Heini Schmitt ist ein gutes Signal für einen starken Öffentlichen Dienst. Sein stetiger und fachkundiger Einsatz für die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen sowie für das Recht der Beamten auf eine verfassungsgemäße Alimentation ist allgemein anerkannt. Wir wünschen ihm auch auf Bundesebene viel Erfolg.“

***Julika Lückel, stellvertretende Landesvorsitzende:***

“Lieber Heini, herzlichen Glückwunsch zu deiner Wahl als dbb Fachvorstand Beamtenpolitik. Die dbb Bundesspitze gewinnt mit dir einen versierten Fachmann in beamtenrechtlichen Fragestellungen. Ich bin mir sicher, dass du mit deiner Arbeit in Berlin und dem gesamten Bundesgebiet zum Wohle aller Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern wirken wirst - genauso wie du es all die Jahre bereits ins Hessen getan hast. Mit deiner Durchsetzungsfähigkeit, Streitbarkeit und Verlässlichkeit wirst du sicherlich dafür Sorge tragen, dass der Deutsche Beamtenbund sein Kernthema mit Stolz in Politik und Öffentlichkeit präsentieren und zugleich streitbar vertreten wird. Wir sind stolz darauf, dass Du gewählt wurdest und unsere Forderungen nun auf der ganz großen Bühne vertreten wirst.“

**Zehn Verbände unterzeichnen Frankfurter Erklärung**



Gemeinsam mit zehn weiteren Fachgewerkschaften aus unterschiedlichen Branchen hat die VRFF Die Mediengewerkschaft die Frankfurter Erklärung unterzeichnet. Initiiert wurde diese von der Vereinigung Cockpit (Foto: **Tim Goger**).

„Die Arbeitswelt ist vielfältig – und diese Vielfalt braucht spezialisierte Stimmen“, erklären die Fachgewerkschaften. Und genau das sei ihre unverzichtbare Leistung seit Jahrzehnten für die Beschäftigten:

Branchennahe Tarifverträge, realitätsnahe Mitbestimmung und die Weiterentwicklung ganzer Berufsgruppen, so die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner. Diese Differenziertheit sehen sie jedoch zunehmend gefährdet: durch das Tarifeinheitsgesetz, durch politischen Druck zur Vereinheitlichung und durchwachsende Machtbestrebungen großer Gewerkschaften, begründen die Vertreter der Vereinigung Cockpit ihre Initiative.

Die Kernforderungen der Frankfurter Erklärung sind:

- **Unantastbare Koalitionsfreiheit:** Beschäftigte müssen sich frei in der Gewerkschaft ihrer Wahl organisieren können – ohne strukturellen oder rechtlichen Druck.
- **Echte Tarifpluralität:** Das Tarifeinheitsgesetz benachteilige besonders spezialisierte Berufsgruppen und müsse dringend neu bewertet werden.
- **Gegen gewerkschaftliche Machtpolitik:** Gewerkschaften dürfen nicht in Branchen vordringen, deren Besonderheiten und Risiken sie nicht kennen.
- **Anerkennung der Bedeutung von Fachgewerkschaften:** Fachgewerkschaften sind unverzichtbar für passgenaue Tarifabschlüsse, Sicherheit, Qualität und Wettbewerbsfähigkeit ganzer Branchen.
- **Fachwissen als Zukunftsfaktor:** Die Expertise spezialisierter Berufsgruppen müsse stärker in politische und wirtschaftliche Entscheidungen einfließen.
- **Mehr politisches Gehör:** Fachgewerkschaften fordern eine gleichberechtigte Beteiligung an arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Entscheidungsprozessen.

Mit der Frankfurter Erklärung treten die beteiligten Fachgewerkschaften erstmals in dieser Geschlossenheit öffentlich auf. Die Erklärung wurde von folgenden Gewerkschaften verabschiedet:

- Vereinigung Cockpit (VC)
- UFO Unabhängige Flugbegleiter Organisation (UFO)
- Arbeitnehmergewerkschaft im Luftverkehr (AGiL)
- Die Kommunikationsgewerkschaft (DPVKOM)
- Deutsche Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG)
- Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger (GDBA)
- Gewerkschaft der Flugsicherung (GdF)
- Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)
- unisono Deutsche Musik- und Orchestervereinigung e.V.
- Gewerkschaft Arbeit und Soziales (vbba)
- Vereinigung der Rundfunk, Film- und Fernsehschaffenden (VRFF Die Mediengewerkschaft)

## Neu: Der dbb Hessen erweitert sein Infoangebot mit Audio- und Videoformaten



Die Lese- und Mediennutzungsgewohnheiten ändern sich. Waren früher Texte und Newsletter das Mittel der Wahl, geht der Trend seit einiger Zeit hin zu kürzeren Audio- und Videoformaten. Dieser neuen Herausforderung will sich der dbb Hessen stellen. Deshalb beabsichtigen wir neben dem bewährten Informationsangebot wie dbb Nachrichten, Social Media

Mitglieder und Interessierte künftig auch mit Video- und Audioproduktionen über unsere Arbeit zu informieren. Hier geht es zu den ersten Clips:

[dbb Hessen Verwalten? Gestalten! Audio Clip Folge 1 - YouTube](#)

+++++

## WhatsApp-Kanal des dbb: Die neuesten Nachrichten gleich auf das Handy



Es gibt mal wieder etwas Neues! Seit geraumer Zeit können Sie die neuesten Nachrichten aus dem dbb Hessen gleich auf das Handy bekommen – mit unserem **WhatsApp-Kanal**. Also gleich **kostenfrei** und **unverbindlich** abonnieren und nichts mehr verpassen!

Fragen zum Angebot an: [presse@dbbhessen.de](mailto:presse@dbbhessen.de)

+++++



## Lesestoff für die tägliche Praxis

Beim DBB Verlag ([www.dbbverlag.de](http://www.dbbverlag.de)) sind u. a. folgende Ratgeber erhältlich:



### Ratgeber Beamten Basics – Besoldung Versorgung Beihilfe

Der Ratgeber enthält unverzichtbare Grundlagen zum Statusrecht, zur Bezahlung in Form des Besoldungsrechts, zur Alterssicherung durch das Versorgungsrecht sowie zum Thema Gesundheitsfürsorge als Beihilfe. Anhand von Übersichten, Merklisten, Gesetzesauszügen und Beispielen werden die Bundes- und Länderregelungen kurz und prägnant erläutert.



### Ratgeber Beamten Basics - Gesundheitssicherung, Beihilfe, Ergänzende PKV, Pflege

Dieser Ratgeber beantwortet alle wichtigen Fragen rund um die Gesundheitssicherung, z. B.:

- Wie sichere ich mich ab?
- Beihilfe: Wer bekommt sie? Wer zahlt was? Welche Aufwendungen werden übernommen?
- Bekomme ich Beihilfe im Pflegefall?

Mit einer kompakten und einfachen Darstellung, Infokästen und Zusammenfassungen richtet sich der Ratgeber an alle, die einen schnellen Überblick oder einen zielgerichteten Einstieg suchen.

Allgemein Interessierte werden genauso angesprochen wie Beamtenanwärter, Probebeamte, aber auch Versorgungsempfänger und Hinterbliebene von Beamten.

+++++

Sie möchten die **dbb Nachrichten direkt** und **kostenlos** ins **eigene Mailpostfach** geschickt bekommen? Kein Problem! Einfach bestellen per Mail an: [presse@dbbhessen.de](mailto:presse@dbbhessen.de)

+++++

## Mitglied in Fachgewerkschaft und dem dbb werden

 | Mitgliedschaft & Service

### Online-Beitritt

Sie möchten Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion werden?

Kein Problem! Schicken Sie einfach folgende Angaben an uns. Wir leiten alles Weitere für Sie in die Wege.

Die mit \* gekennzeichneten Felder sind Pflichtfelder.

**Personliche und dienstliche Angaben**

Vorname*	Nachname*
Straße und Hausnummer*	
PLZ*	Wohnmrt*
Geburtsdatum*	E-Mail*
Dienststelle*	Arbeitgeber*
Beschäftigt als* Bitte wählen Sie	

### Sieben gute Gründe für eine Mitgliedschaft Als Mitglied einer dbb-Gewerkschaft...

...werden Ihre Interessen von einer durchsetzungsstarken Solidargemeinschaft mit 1,3 Millionen Mitgliedern wirksam vertreten.

...können Sie selbst im Kreis interessierter Kolleginnen und Kollegen Ihren Teil an einer zukunftsfähigen Gestaltung des öffentlichen Dienstes beitragen.

...werden Sie in allen berufsspezifischen Fragen und über jede Entwicklung im öffentlichen Dienst bestens informiert.

...ist Ihnen Unterstützung in beamtenrechtlichen und tarifvertraglichen Fragen sicher.

...genießen Sie Rechtsschutz in beruflichen

Rechtsstreitigkeiten.

...stehen Ihnen viele Vorteilsangebote starker Partner offen.

...können Sie auf das breitgefächerte Schulungsangebot der **dbb akademie** zurückgreifen.

### Wie werde ich Mitglied?

Der dbb ist eine Spitzenorganisation, die aus Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors besteht. Mitglied wird man deshalb nicht beim dbb unmittelbar, sondern bei der für den Dienst- bzw. Arbeitsbereich zuständigen Fachgewerkschaft.

### Wie viel Mitgliedsbeitrag muss ich zahlen?

Diese oft gestellte Frage kann nur von den Fachgewerkschaften beantwortet werden, denn sie erheben die Mitgliedsbeiträge und nicht die Spitzenorganisation. Die Mitgliedsgewerkschaften sind neben allen berufspolitischen Fachfragen u.a. auch für die Gewährung von Rechts- und Versicherungsschutz zuständig. Das oben stehende Online-Beitrittsformular finden Sie unter:

<https://www.dbb-hessen.de/mitgliedschaft/online-beitritt/>

Einkommensrunden – egal ob mit Bund, Kommunen, den Ländern oder anderen Arbeitgebenden – gehen jeden an. Alle sind betroffen. Das Ergebnis ist offen. Sie können es mitgestalten – durch Mitmachen oder Fernbleiben! Die Einkommensrunden finden auch vor Ort statt, in Ihrer Verwaltung, in Ihrem Betrieb. Dort werden die Ergebnisse wirksam. Handeln Sie, sonst wird über Sie verhandelt!

### Treten Sie in Aktion, werden Sie Mitglied in einer unserer Fachgewerkschaften!

Wir bieten Fachkompetenz vor Ort und eine zentrale Verhandlungsmacht für Arbeitnehmende, Beamtinnen und Beamte. Ihre berechtigten Interessen lassen sich oftmals nur im Konflikt durchsetzen. Gewerkschaften werden jedoch auch im Alltag dringend gebraucht.

Die **dbb Fachgewerkschaften** bieten konsequente **Interessenvertretung, Fortbildung** und **Rechtsschutz** rund um die Arbeit. Unsere **Personal- und Betriebsräte/-rätinnen** gestalten die Arbeitswirklichkeit vor Ort. Über unsere Medien **informieren wir** Sie über alle wichtigen tarif- und beamtenpolitischen Themen.

### **Verbraucherzentrale: Schuldnerberatung weiter kostenfrei und genügend Kapazitäten**

Die Zahl überschuldeter Verbraucher bleibt mit 5,56 Millionen Betroffenen weiter auf hohem Niveau. Die bis zum 20. November 2025 umzusetzende Verbraucherkreditrichtlinie (Richtlinie EU 2023/2225) soll helfen, Überschuldung zu vermeiden. Die Bundesregierung hat zur Umsetzung unter anderem den Entwurf eines Gesetzes über den Zugang zu Schuldnerberatungsdiensten (SchuBerDG) vorgelegt, der zurzeit im Bundestag beraten wird.

Im November fand im Bundestag eine öffentliche Anhörung zum geplanten Gesetz statt. Die Vorschläge im Entwurf reichten aus Sicht der Verbraucherzentrale Hessen nicht aus, um Verbraucher ausreichend durch unabhängige, leicht zugängliche Schuldnerberatungsstellen zu unterstützen. Vorstand **Philipp Wendt**, der an der Anhörung als Sachverständiger teilnahm, forderte, die Kostenfreiheit der Schuldnerberatung sicherzustellen. Die im Entwurf vorgesehene Möglichkeit, Entgelte zu erheben, sei ersatzlos zu streichen.

**Der Entwurf für ein Schuldnerberatungsdienstgesetz soll sicherstellen, dass Verbraucher, die Schwierigkeiten bei der Erfüllung ihrer finanziellen Verpflichtungen haben oder haben könnten, unabhängige Schuldnerberatungsdienste zur Verfügung gestellt werden.** Die Verbraucherzentrale hat im Rahmen der Verbändeanhörung eine umfassende Stellungnahme abgegeben und hält Konkretisierungen für dringend erforderlich.

### **Vollständige Entgeltfreiheit gefordert**

Aus Artikel 36 Abs. 1 der EU-Richtlinie ergibt sich erstmals ein Anspruch auf Schuldnerberatung für alle Verbraucherinnen und Verbraucher in den EU-Mitgliedsstaaten. Artikel 36 Absatz 1 formuliert auch, dass ein etwaig erhobenes Entgelt nicht als Hindernis zum Zugang zu Schuldnerberatungsdiensten wirken darf und keine unnötige Belastung des Verbrauchers darstellen sollte.

„Wir fordern eine vollständige Entgeltfreiheit. Schuldnerberatungsdienste müssen allen Verbraucherinnen und Verbrauchern kostenlos zur Verfügung stehen“, so Philipp Wendt, Vorstand der Verbraucherzentrale Hessen bei der heutigen Anhörung in Berlin. Der Bundestag habe einen Umsetzungsspielraum bei den Kosten, von dem er Gebrauch machen sollte, so Wendt. „Für Menschen in finanziellen Notlagen stellen Entgelte eine unangemessene Zugangshürde zur Schuldenberatung dar.“ Die gelte es zu vermeiden.

### **Beratungsentgelte kaum durchsetzbar**

„Beratungsentgelte wären zudem ein zusätzlicher Verwaltungsaufwand für die bereits jetzt ausgelasteten Beratungsstellen“, so Wendt weiter. Sie wären bei den überschuldeten Betroffenen auch kaum durchsetzbar. „Der Großteil der Ratsuchenden in der Schulden- und Insolvenzberatung hat kein pfändbares Einkommen. Deswegen kommen sie in die Beratung“, erinnert Wendt. „Es ist nicht sinnvoll, hier Kosten in Rechnung zu stellen, die man am Ende doch wieder ausbuchen muss.“

### **Gegen die Zielsetzung des Koalitionsvertrags**

Die Normierung einer möglichen Entgeltpflicht widerspricht auch den klar formulierten Zielsetzungen im Koalitionsvertrag der Bundesregierung. Dort heißt es: *"Wir stärken in Absprache mit den Ländern den vorsorgenden Verbraucherschutz, die nicht interessengeleitete Verbraucherbildung (Ernährung, Finanzen, Digitales) und eine kostenlose Schuldnerberatung, die niemanden ausschließt."*

## Ausgestaltung der Beratungsinfrastruktur

Auch die bestehende Beratungsinfrastruktur in Deutschland ist so auszustalten, dass genügend Beratungsangebote flächendeckend und wohnortnah zur Verfügung stehen. Schon jetzt geraten die bestehenden Schuldnerberatungsstellen an ihre Grenzen. Gemäß der EU-Richtlinie haben die Mitgliedstaaten nun sicher zu stellen, dass Kreditgeber Verbraucher, die Schwierigkeiten bei der Erfüllung ihrer finanziellen Verpflichtungen haben, an Schuldnerberatungsdienste verweisen, die für den Verbraucher leicht zugänglich sind. Auch diese Verpflichtung der Banken, Kreditinstitute und anderer Anbieter wird zu einer erhöhten Anfrage von Verbrauchern bei den entsprechenden Schuldnerberatungsdiensten führen.

## Hintergrundinfos

Bundesweit gibt es derzeit fast 1.400 Schuldnerberatungsstellen. Diese befinden sich in kommunaler Trägerschaft oder in der Trägerschaft gemeinnütziger Organisationen, wie beispielsweise der Verbraucherzentralen der Länder, die explizit in § 4 Abs. 2 SchuBerDG-E Erwähnung finden. Sie beraten Ratsuchende ganz überwiegend kostenlos.

In den Schuldnerberatungsstellen der Verbraucherzentrale Hessen sind die Beratungszahlen in den letzten Jahren massiv von 1.754 Fällen im Jahr 2019 auf 2.469 Fälle im Jahr 2024 um 41% angestiegen. Nach den Erwartungen der Verbraucherzentrale Hessen wird sich dieses erhebliche Wachstum des Beratungsbedarfs fortsetzen und mit der Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie nochmals erhöhen. Dabei ist zu beobachten, dass die Beratungen immer zeit- und arbeitsintensiver werden, da die Hilfesuchenden vermehrt multiple Problemlagen aufweisen (Schulden, Krankheit, Sucht, familiäre Probleme, prekäre Wohnverhältnisse) und eine Zunahme von psychischen Belastungen und Krankheitsbildern festzustellen ist.

## Impressum

V.i.S.d.P.: dbb beamtenbund und tarifunion Landesbund Herren e.V., Volker Weigand (stellvertretender Landesvorsitzender und Schatzmeister) sowie Andreas Nöthen (Pressesprecher, Kürzel: noe), Europa-Allee 103 (Praedium), 60486 Frankfurt; Mail: [presse@dbbhessen.de](mailto:presse@dbbhessen.de).

